

Änderungsanträge

**zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 14/5706**

Staatshaushaltsplan 2010/2011

Einzelplan 06: Finanzministerium

Landtag von Baden-Württemberg**Drucksache 14 / 5806-1****14. Wahlperiode****Änderungsantrag****der Fraktion der SPD****zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
– Drucksache 14/5706****zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2010/2011****Einzelplan 06 – Finanzministerium****Einsparungen bei NSI**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0603 Landesbetrieb Competence Center

S. 34 Titel 682 01 N Zuschuss an den Landesbetrieb Competence Center

	2010	2011
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
statt	12.941,8	12.941,8
zu setzen	7.941,8	7.941,8

und die Erläuterung entsprechend zu ändern.

2. Februar 2010

Schmiedel, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Das gescheiterte und immens teure NSI-Projekt des Landes kann auch nicht durch die Überführung in einen Landesbetrieb Competence Center gerettet werden. Immer noch fehlen passgenaue und machbare Umsetzungsstrategien. Deshalb ist Zurückhaltung und Vorsicht bei den vorgesehenen externen Unterstützungsleistungen und den geplanten Schulungs- und Betreuungsmaßnahmen geboten. Mit den hier beantragten Kürzungen soll sicher gestellt werden, dass das in einem Landesbetrieb neu organisierte NSI-Projekt in den nächsten beiden Jahren die notwendige Zurückhaltung bei der Verausgabung von Steuergeldern beachtet.

Landtag von Baden-Württemberg**Drucksache 14 / 5806-2****14. Wahlperiode****Änderungsantrag****der Fraktion der SPD****zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
– Drucksache 14/5706****zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2010/2011****Einzelplan 06 – Finanzministerium****Beförderungsprogramm und Stellenaufbau in der Steuerverwaltung**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0608 Steuerverwaltung

<u>S. 69</u>	1. Titel 422 01	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten		
			2010	2011
			Tsd. EUR	Tsd. EUR
		statt	444.375,0	447.020,0
		zu setzen	452.175,0	462.720,0
<u>S. 69</u>	2. Titel 422 03	Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		
			2010	2011
			Tsd. EUR	Tsd. EUR
		statt	11.500,0	11.500,0
		zu setzen	12.400,0	13.300,0

und die Erläuterungen jeweils entsprechend zu ändern sowie

3. a) für die Veranschlagung der zusätzlichen Stellen im Stellenplan für BeamteS. 200

- a) Planstellen für Beamte
2. Bezirksverwaltung

		2010 Stellen	2011 Stellen
A 13 Regierungsrat	statt	114,0	114,0
	zu setzen	124,0	134,0
A 12 Amtsrat (St)	statt	1.197,5	1.197,5
	zu setzen	1.207,5	1.217,5
A 11 Steueramtmann	statt	2.024,0	2.024,0
	zu setzen	2.064,0	2.104,0
A 9 Amtsinspektor (St)	statt	1.605,0	1.605,0
	zu setzen	1.645,0	1.685,0

S. 205**b) sowie in der Stellenübersicht für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und dgl.**

- a) Anwärter und Dienstanfänger
2. Bezirksverwaltung

		2010 Stellen	2011 Stellen
Finanzanwärter (gehobener Dienst) ¹⁾	statt	890,0	890,0
	zu setzen	960,0	960,0
Steueranwärter (mittlerer Dienst) ¹⁾	statt	380,0	380,0
	zu setzen	410,0	440,0

S. 69 **4. zur Umsetzung eines zweijährigen Beförderungsprogramms im Stellenplan folgende Stellenhebungen vorzunehmen:**

Von Besoldungsgruppe	Nach Besoldungsgruppe	Anzahl der He- bungen 2010	Anzahl der He- bungen 2011 (gegenüber 2009)
Bezirksverwaltung			
Mittlerer Dienst			
A6	A7	200	317
A7	A8	200	400
A8	A9	200	400
A9	A9+Z	50	100
A9+Z	A10	50	100
A10	A11	50	100
Gehobener Dienst			
A9	A10	200	400
A10	A11	200	400
A11	A12	125	250
A12	A13	125	250
OFD/LZFD			
A11	A12	75	150
A12	A13	75	150

Stuttgart, 2. Februar 2010

Schmiedel, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Die Personaleinsparungen der vergangenen Jahre bei der Steuerverwaltung des Landes haben mit dazu beigetragen, dass erhebliche Vollzugesdefizite zu verzeichnen sind. Dabei sind diese Personaleinsparungen auch finanzwirtschaftlich kontraproduktiv, weil damit deutliche Steuermindereinnahmen verbunden sind. Auch der Rechnungshof kommt in seinen vielfältigen Untersuchungen jeweils von einzelnen Teilbereichen der Steuerverwaltung regelmäßig zu dem Ergebnis, dass dem Land erhebliche Steuereinnahmen verloren gehen, weil die Personalausstattung unzureichend ist. Die Landesregierung selbst spricht nach dem unverantwortlichen Stellenabbau in der Steuerverwaltung mittlerweile bereits seit 2008 von der Notwendigkeit, angesichts der Alterstruktur und der Personalentwicklung einen Stellenpool in der Steuerverwaltung einzurichten. Geschehen ist hierfür aber weder etwas im Landeshaushalt 2009 noch im vorliegenden Entwurf für die Jahre 2010 und 2011.

Der Antrag begehrt deshalb 100 **zusätzliche Planstellen** für die Steuerverwaltung sowie 100 zusätzliche Ausbildungsstellen bei den Anwärtern für das Jahr 2010 bzw. 200 Planstellen und 200 Anwärterstellen für das Jahr 2011. Die hierfür notwendigen zusätzlichen Personalkosten von etwa 5 Mio. Euro für 2010 und rd. 10 Mio. Euro für 2011 werden mehr als gedeckt durch die voraussichtlichen Mehrergebnisse, die das zusätzliche Personal in der Steuerverwaltung erzielen wird.

Außerdem wird mit diesem Antrag ein **Beförderungsprogramm** für die Steuerverwaltung ermöglicht. Die Wartezeiten für Beförderungen haben sich mit durchschnittlich rd. 10 Jahren extrem schlecht entwickelt, was nach den Ergebnissen der Mitarbeiterbefragung zu berechtigter Unzufriedenheit und zu Demotivierung führt (vgl. LT-Drucksache 14/4798). In keinem anderen Verwaltungsbereich des Landes ist die Beförderungssituation so schlecht wie in der Steuerverwaltung. Deshalb sollen mit einem Beförderungsprogramm in zwei Jahresschritten mit Gesamtkosten von rd. 3,8 Mio. Euro im ersten und rd. 7,7 Mio. Euro im zweiten Jahr etwa 3.000 Stellenanhebungen umgesetzt werden können. In diesem Zusammenhang soll auch das Eingangsamt A 6 im Mittleren Dienst der Steuerverwaltung abgeschafft und durch das Eingangsamt A 7 ersetzt werden.

Landtag von Baden-Württemberg**Drucksache 14 / 5806-3****14. Wahlperiode****Änderungsantrag****der Fraktion der SPD****zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
– Drucksache 14/5706****zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2010/2011****Einzelplan 06 – Finanzministerium****Ausschüttung der Landeskreditbank**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0620 Betriebe und Beteiligungen

S. 149 Titel 121 21 Gewinne aus Unternehmen juristischer Personen
des öffentlichen Rechts

	2010
	Tsd. EUR
statt	50.000,0
zu setzen	100.000,0

und in der Erläuterung für die Ausschüttung der Landeskreditbank Baden-Württemberg im Jahr 2010 den Betrag „100 000.0“ Tsd. EUR zu setzen.

2. Februar 2010

Schmiedel, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Zur Finanzierung von Zukunftsaufgaben im Landeshaushalt will die SPD die Ausschüttung der Landeskreditbank Baden-Württemberg an das Land im Jahr 2010 auf die im Entwurf vorgesehene Ausschüttung von 2011 anheben.